

Mai 2025

Verbandsnachrichten

Mailied

Wie herrlich leuchtet Mir die Natur!

Wie glänzt die Sonne! Wie lacht die Flur!

Es dringen Blüten Aus jedem Zweig

Und tausend Stimmen Aus dem Gesträuch.

O Erd', o Sonne! O Glück, o Lust!

O Lieb', o Liebe! So golden schön,

Wie Morgenwolken Auf jenen Höh'n!

Du segnest herrlich Das frische Feld,

Im Blütendampfe Die volle Welt.

Johan Wolfgang von Goethe

Editorial

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die warme Jahreszeit hat uns erreicht, und während die Natur in voller Blüte steht, möchten wir Ihnen mit diesen Verbandsnachrichten nicht nur Neuigkeiten, sondern auch Denkanstöße liefern.

Leider zeichnen aktuelle Umfragen ein alarmierendes Bild: Nur ein Bruchteil der Bevölkerung – etwa ein Fünftel – traut der öffentlichen Verwaltung zu, sich selbst zu modernisieren. Gleichzeitig sinkt das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates dramatisch, mit nur 29 Prozent der Bürgerinnen und Bürger, die den Staat als funktionstüchtig wahrnehmen. Diese Zahlen sind ein Weckruf für uns alle. Sie verdeutlichen, wie wichtig es ist, nicht nur intern zu reformieren, sondern auch das Vertrauen der Gesellschaft zurückzugewinnen.

Umso mehr zeigt uns die Arbeitstagung in Herrenberg, dass Verwaltungsmodernisierung und Bürokratieabbau essenziell für die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sind. Die öffentliche Verwaltung ist und bleibt das Rückgrat unserer Demokratie – der Stabilitätsanker in unsicheren Zeiten und unverzichtbar für das Funktionieren unseres Rechtsstaats. Das haben alle politischen Redner und Gäste in ihren Beiträgen deutlich herausgestellt. Den Beschäftigten kommt hierbei besondere Verantwortung zu. Hier setzen wir an – mit klaren Visionen, pragmatischen Ansätzen und engagierten Diskussionen. Denn eine funktionierende Verwaltung ist kein Selbstläufer, sondern das Ergebnis von Kooperation, Kreativität und nicht zuletzt Führungskraft.

Dabei bieten uns die vielschichtigen Herausforderungen der „VUCA-Welt“¹ nicht nur Risiken, sondern auch die Chance, neue Wege zu gehen. Das muss den politischen Akteuren bewusst sein. Vertrauen, Agilität und die richtige Balance zwischen Struktur und Freiheit sind dabei Schlüsselbegriffe. Die Aktivitäten der Entlastungsallianz in Baden-Württemberg gehen in diese Richtung. Gemeinsam können wir daran arbeiten, die öffentliche Verwaltung zu einem Vorbild für Effizienz und Bürgernähe zu machen – und das mit Ihrer Unterstützung vor Ort in den Dienststellen. Lassen Sie uns diese Herausforderungen zusammen angehen, mit frischem Wind, klarer Zielsetzung und Ihrer wertvollen Unterstützung.

In diesem Sinne: Bleiben Sie mutig, bleiben Sie engagiert – und vor allem bleiben Sie Teil unserer starken Gemeinschaft!

Ihr Dr. Friedemann Larsen, Landesvorsitzender VHV



¹ Das Wort VUCA als Akronym steht für volatility (Volatilität), uncertainty (Ungewissheit), complexity (Komplexität) und ambiguity (Ambiguität). Diese vier Elemente beschreiben die Herausforderungen und Rahmenbedingungen, die Führungskräfte und Unternehmen in der modernen Welt bewältigen müssen.

Angaben zum Inhalt

Bericht zur Arbeitstagung des VHV in Herrenberg	4
Überblick.....	4
Referat von Manuel Hagel, MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion:	5
Führung in bewegten Zeiten – Anspruch und Auftrag an Führungskräfte in der Landesverwaltung Baden-Württemberg	6
Berufspolitik für den höheren Dienst	7
Grußworte unserer Gäste	9
Verbandsthemen.....	10
Wir brauchen eine funktionierende Verwaltung!" - Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion am 11. Februar 2025.....	11
Informative und angeregte Online-Mitgliederveranstaltung mit dem Staatsministerium zur Entlastungsallianz am 19. Februar 2025.....	12
Info: Unsere Homepage bekommt ein neues Gesicht!	13
Einladung zu einem berufspolitischen Gespräch,	14
In Memoriam von Horst Bäuerle.....	15
Save the Date: Verbandsausflug am 11.10.2025.....	16
Der aktuelle Vorstand des VHV auf einem Blick.....	17
Allgemeine Informationen.....	17
Rechtsschutz des BBW Beamtenbund Tarifunion für unsere Mitglieder	17
Unser Spezialangebot für Pensionäre.....	18
Sind Ihre Daten noch aktuell?	19
Mitgliederinformationen Stand 30.04.2025.....	19
~~~~~	

## Bericht zur Arbeitstagung des VHV in Herrenberg



Foto: Nardos Kiflu

Am 4./5. April fand unsere jährliche Arbeitstagung im Hotel Hasen in Herrenberg statt. Im gehobenen Ambiente kamen insgesamt 30 Mitglieder und Gäste zusammen, um an beiden Tagen mit Vertretern aus Politik und Verwaltung über aktuelle Themen zu diskutieren und in den Austausch zu treten. Die Teilnahme und Übernachtung war für die Teilnehmenden kostenfrei.

### Überblick

Die Arbeitstagung bietet eine Plattform für Austausch und Diskussionen zu wichtigen berufspolitischen Themen. Gleich am ersten Tag begrüßten wir Manuel Hagel, MdL, Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion im Landtag, der uns seine Vorstellungen zur Verwaltungsmodernisierung erläuterte und mit uns diskutierte. Ferner hatten wir Gäste aus dem Staatsministerium und der Führungsakademie bei uns zu Gast zum Thema Führungskräfteentwicklung. Am zweiten Tag standen berufspolitische Gespräche mit Vertretern des Landtags und Berichte aus den Verbänden im Fokus. Abgerundet wurde das Programm durch Informationen zur Arbeit des VHV und des BBW.



Dr. Clemens Homoth-Kuhs,  
Tatjana Strohmaier, Foto: Nardos

## Referat von Manuel Hagel, MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion:



Manuel Hagel Foto: Nardos Kiflu

Zum Auftakt unserer diesjährigen Arbeitstagung erläuterte Manuel Hagel, MdL und Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, seine Vorstellungen zur Modernisierung der Öffentlichen Verwaltung. Seinen Ausführungen stellte er ein erfreulich klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum gemäß Art. 33 Abs. 5 unseres Grundgesetzes voran. Unter einer CDU-Regierung werde Baden-Württemberg daran auch in Zukunft unbedingt festhalten, auch wenn in einzelnen anderen Bundesländern entgegengesetzte Tendenzen erkennbar seien. In Krisenzeiten, beispielweise der Corona-Pandemie, habe sich ein weiteres Mal erwiesen, dass mit einer loyalen und hervorragend ausgebildeten Beamtenschaft besondere gesellschaftliche Herausforderungen besser bewältigen lassen. Für ihren besonderen Einsatz sprach Herr Abgeordneter Hagel den Beamtinnen und Beamten des Landes besonderen Dank und Anerkennung aus.



Foto: Nardos Kiflu



Foto: Nardos Kiflu

Manuel Hagel stellte aber auch die Forderung auf, dass staatliches Handeln wieder schneller und effizienter werden müsse. Dabei betonte er, dass für die überbordende Bürokratie nicht der Öffentliche Dienst verantwortlich sei, sondern die Überregulierung, die immer komplexere Verwaltungsabläufe, aber keine besseren Ergebnisse produziere. Hier müsse angesetzt und dabei der gesamte Verwaltungsaufbau auf den Prüfstand gestellt werden. „Simplification“ müsse hier das Ziel sein.

Zur letzten Besoldungsanpassung erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, dass er Verständnis für den Unmut über die Sockelbetragslösung habe. Deshalb gebe er die Zusage, dass man sich das bis zum Jahresende nochmals vertieft anschauen werde, um sodann zu einer den verfassungsrechtlichen Vorgaben entsprechenden Struktur zu kommen.



Foto: Nardos Kiflu

Im Bildungsbereich gelte es wieder an die Spitze zu kommen. Dazu erläuterte Manuel Hagel seine Überlegungen, die u.a. darauf abzielen, bereits im frühkindlichen Bereich auf verbesserte Sprachkompetenzen zu setzen.

In der anschließenden Diskussion stellte sich Hagel offen den Fragen der Verbandsmitglieder. Er erklärte, dass ihm der regelmäßige Dialog mit unserem Verband von besonderer Bedeutung sei. Spätestens in einem Jahr soll daher ein weiterer Austausch stattfinden.



Dr. Friedemann Larsen, Manuel Hagel,  
Foto: Nardos Kiflu

## Führung in bewegten Zeiten – Anspruch und Auftrag an Führungskräfte in der Landesverwaltung Baden-Württemberg

Die Vorträge von Frau MR'in Ulrike Hess (Leitung Personalreferat im Staatsministerium) und Frau Generalsekretärin Dr. Jutta Lang (Leitung Führungsakademie) sowie die anschließende Diskussion beleuchteten die Herausforderungen moderner Führung in einer sich wandelnden Welt und die Ansprüche an Führungskräfte in der Landesverwaltung Baden-Württemberg.

Frau Hess betonte die Bedeutung von Agilität, Resilienz und einer positiven Fehlerkultur, um den Herausforderungen der VUCA-Welt (Volatilität, Unsicherheit, Komplexität, Ambiguität) zu begegnen. Sie stellte moderne Führungsstile wie servant leadership und situative Führung als zentrale Ansätze vor und betonte die Bedeutung einer experimentierfreudigen Unternehmenskultur. Das sei auch Teil des Masterplans der Landesregierung für die Transformation der Verwaltung.



Ulrike Hess, Dr. Jutta Lang

Frau Dr. Lang legte den Fokus auf strategische Hebel der Verwaltungsmodernisierung, namentlich die Beschäftigten, die Strukturen und die technischen Instrumente (IT und KI). Sie zeigte auf, wie diese Elemente nur in enger Verzahnung reformiert werden können. Das Landesprojekt „Strategische Weiterentwicklung der ressortübergreifenden Personal- und Führungskräfteentwicklung“ wurde als Best-Practice-Beispiel hervorgehoben. Besonders die Teilprojekte „Kultur durch Struktur“ und „Lebensphasenorientierte Entwicklung“ unterstreichen die Bedeutung sowohl struktureller Anpassungen als auch individueller Entwicklungs-



runkskräfteentwicklung“ wurde als Best-Practice-Beispiel hervorgehoben. Besonders die Teilprojekte „Kultur durch Struktur“ und „Lebensphasenorientierte Entwicklung“ unterstreichen die Bedeutung sowohl struktureller Anpassungen als auch individueller Entwicklungs-

möglichkeiten. Die kritische Diskussion aus dem Plenum betonte, dass bei flexiblen Arbeitsmodellen und kurzfristigen Ressourcenumstellungen auf die Bedürfnisse der Organisation geachtet werden muss.



Foto: Nardos Kiflu

Unter den positiven Rückmeldungen aus dem Plenum mischten sich auch kritische Töne, etwa zum Begriff „Mindset“, deren Verwendung im Zusammenhang mit Verwaltungsmodernisierung als problematisch wahrgenommen wird; verlagert er doch nur allzu leicht die Verantwortung für die bestehenden Defizite auf die Mitarbeitenden. Zudem wurde angemerkt, dass bei der Ein-

führung flexibilisierter Arbeitsmodelle und Angebote (etwa großzügige Möglichkeiten des mobilen Arbeitens oder die temporäre Übernahme themenbezogene Projekte auf Wunsch von Mitarbeitenden) auch die organisatorischen und strategischen Anforderungen der jeweiligen Dienststelle angemessen berücksichtigt werden müssen. Denn diesbezügliche Erleichterungen zögen teilweise schnell Gewöhnungseffekte nach sich, die den Ruf nach weiterer Flexibilisierung laut werden ließen. Nicht alle Wünsche können hierbei erfüllt werden. In der Diskussion wurde außerdem klar, dass moderne Führung sowohl menschliche als auch systemische Aspekte erfordert. Die Balance zwischen den individuellen Bedürfnissen der Mitarbeitenden und den strategischen Anforderungen der Organisation wurde als zentrales Thema hervorgehoben. Frau Hess akzentuierte die kulturellen und persönlichen Kompetenzen der Führungskräfte, während Frau Dr. Lang strukturelle und organisatorische Maßnahmen betonte.

Zusammenfassend wurde deutlich, dass eine erfolgreiche Führungskultur nicht nur Vertrauen und Anpassungsfähigkeit erfordert, sondern auch eine ganzheitliche Betrachtung der Organisation als lernendes System. Der Austausch zwischen den Vortragenden und dem Plenum unterstrich, dass eine klare Vision, strategische Planung und die Einbindung aller Beteiligten der Schlüssel zur erfolgreichen Führung und Verwaltungsmodernisierung sind.



Ulrike Hess, Dr. Jutta Lang,  
Dr. Friedemann Larsen

### **Berufspolitik für den höheren Dienst**

Am zweiten Tag unserer Tagung hatten wir erneut Besuch aus dem Landtag. Herr Dr. Albrecht Schütte MdL, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, und Herr Peter Seimer

MdL, Sprecher für Digitalisierung und Steuerpolitik der Landtagsfraktion GRÜNE, nahmen an einer Diskussion zu folgenden Themen teil:

- **Fach- und Führungskräfte-mangel / Demografie / marktkonforme Besoldung im höheren Dienst – was ist der Plan?**
- **Moderne Verwaltung: Bürokratieabbau versus subjektive Rechte – wo muss bis wann gekürzt werden?**
- **Moderne Fehlerkultur – wo und wie unterstützt die Politik?**

Die Themen wurden den Gästen vorab übermittelt, so dass sie zu Beginn jeweils ein kurzes Statement abgeben konnten. Anschließend fand ein moderiertes Gespräch statt. Beide Politiker betonten, dass sowohl die Bezahlung als auch das Arbeitsumfeld entscheidende Faktoren für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes seien. Sie versicherten, dass die Ergebnisse des künftigen TV-L eins zu eins auf die Beamtenschaft übertragen würden. Für den höheren Dienst solle dies linear erfolgen, wobei Sockelbeträge prozentual auf die Gehälter umgerechnet würden. Dies begünstige insbesondere die höheren Besoldungsgruppen.



v.l.n.r. 1 Tatjana Strohmaier,  
Dr. Friedemann Larsen, Peter Seimer,  
MdL, Dr. Albrecht Schütte, MdL

Herr Dr. Schütte wies darauf hin, dass die öffentliche Meinung über die Funktionstüchtigkeit des öffentlichen Dienstes oft negativ sei. Daher sei Bürokratieabbau und Verfahrensbeschleunigung von dringender Bedeutung. Die Politik wolle durch den Abbau von Verfahrens- und Formvorschriften unterstützen. Zudem müsse der Staat angesichts veränderter Rahmenbedingungen seinen Fokus wieder stärker auf die Kernthemen öffentliche Sicherheit und Daseinsvorsorge legen. Hierzu wurde unter anderem auf die Arbeit der Entlastungsallianz des Staatsministeriums verwiesen, die mit einem dritten Entlastungspaket weitere substantielle Maßnahmen zur Reduktion bürokratischer Hürden auf den Weg gebracht habe. Auch die Reform der Landesbauordnung, die Baugenehmigungsverfahren beschleunigt und bauliche



In Diskussion mit Kai Rosenberger, BBW ganz rechts

Standards reduziert, wurde als Beispiel für erfolgreiche Verwaltungsmodernisierung genannt.

In der Diskussion wurde auch die strenge Auslegung der DSGVO in Deutschland thematisiert, die oft über die EU-Vorgaben hinausgehe und dadurch Treiber zusätzlicher Bürokratie sei, insbesondere in der

Dokumentation. Es wurde betont, dass die Politik gegenläufigen Lobbyinteressen entgegen-treten und realistische Lösungen anstreben müsse.

Im Anschluss hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, konkrete Missstände anzusprechen, wie etwa den fehlenden Einsatz digitaler Endgeräte in Außeneinsätzen, um vor Ort auf Akten-inhalte zugreifen zu können. Beide Politiker verspra-chen, bei den zuständigen Ministerien nachzuhaken. Mit der Aussicht, diesen konstruktiven Austausch bei nächster Gelegenheit fortzusetzen, bedankten wir uns bei Herrn Dr. Schütte und Herrn Seimer. Wir freuen uns, in ihnen kompetente Ansprechpartner und Unter-stützer für die Themen Entbürokratisierung und Ver-waltungsmodernisierung gefunden zu haben.



v.l.n.r. Tatjana Strohmaier, Dr. Friedemann Lar-sen, Peter Seimer, MdL, Dr. Albrecht Schütte, MdL

### Grußworte unserer Gäste

Der berufspolitischen Abgeordnetendiskussion schlossen sich Grußworte an.

Der **Vorsitzende des Beamtenbundes/Tarifunion Baden-Württemberg Kai Rosenberger** betonte, dass nun wieder verstärkt Zeiten des Abwehrens von Verschlechterungen drohen. Aktuell wird erstmalig seit Bestehen des Versorgungsfonds die jährliche Einzahlung des Lan-des vollständig ausgesetzt. Ein Tabubruch? Ferner sei es nicht erklärbar, dass das verspro-chene Lebensarbeitszeitkonto und/oder die Reduktion der Wochenarbeitszeit im Gegensatz zum Rest der Republik nicht realisiert wird – zumal die Beamten im Land die Reduktion auf 38,5 Stunden bereits mit einem bis heute auf die Besoldungstabelle nachwirkende Verzicht auf Besoldungserhöhungen „finanziert“ haben.



Dr. Friedemann Larsen, Kai Rosenberger

Die Einführung einer fiktiven Anrechnung von Part-nereinkommen als neues Instrument der Besoldung wird vom Deutschen Beamtenbund mit allen Mitteln als verfassungswidrig bekämpft. Aus aktuellem An-lasse erklärte uns Kai Rosenberger den Schlichterspruch zu den Tarifverhandlungen zum TVöD und prognostizierte dessen Annahme durch die Tarifparteien – was in der Woche nach unserer Tagung auch erfolgte. Abschließend wies er mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen im Bund darauf hin, dass es sowohl bei der SPD als auch der Union Kräfte gibt, die Artikel 33 Abs. 5 Grundgesetz mit den hergebrachten Grundsätzen kritisch sehen, die Zahl der Beamtenstellen

reduzieren wollen und zudem einer Bürgerversicherung das Wort reden (Anmerkung: Beihilfe im Krankheitsfall und bei Pflege sind nicht Teil der Grundsätze).



v. l. n. r. Dr. Friedemann Larsen, Günther-Martin Pauli, Tatjana Strohmaier

**Der stellvertretende Vorsitzende des Verbandes der Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg, Landrat Günther-Martin Pauli des Zollernalbkreises**, hob die Rolle und die Verantwortung der Führungskräfte und des höheren Dienstes auf allen Ebenen für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat hervor. Mit der Erwartung einer gemeinsamen guten Zusammenarbeit bilateral als auch im Rahmen des Beamtenbundes schloss er sein Grußwort. Wir bedankten uns bei ihm für seine interessanten Diskussionsbeiträge während der beiden Tage unserer Tagung.

Schon traditionell gab uns unser **Bundessvorsitzender Dr. Wolfgang Bruckmann** aus München die Ehre. In der aktuellen Politik wird der Bürokratieabbau für Vieles herangezogen, um diverse Probleme zu lösen. Wahrscheinlich werden die Erwartungen wieder nicht erfüllt und die Forderung wird populistisch dauerhaft bestehen bleiben. Auch der Ansatz, für die Einführung einer neuen Norm zwei vorhandene Normen zu streichen, dürfte sich in Luft auflösen. Denn was ist eine Norm in diesem Sinne?

Interessant war auch der Gedanke, dass die Politik scheinbar zunehmend gegen Gerichte und ihre Urteile agiert. Urteile werden im Namen des Volkes gesprochen und Gesetze im Namen des Volkes formuliert. Vielleicht ist das doch ein sensibles Beziehungsverhältnis.

Auch Dr. Bruckmann nahm an der gesamten Tagung teil und gab seiner Freude an dem Austausch zu unseren Themen mit allen Teilnehmern Ausdruck und brachte seine Erfahrung aus Bayern ein.



Dr. Wolfgang Bruckmann, Vorsitzender bvhd

## Verbandsthemen

Hiernach nahm der Verbandsvorsitzende Dr. Friedemann Larsen die Gelegenheit wahr, über die aktuelle Verbandsarbeit zu berichten. So hat der VHV mit allen demokratischen Fraktionen im Landtag Baden-Württemberg Gespräche vereinbart und teilweise auch schon geführt. Der

Austausch mit der FDP-Fraktion ist für Juni 2025 geplant. Zuvor, bereits am 22. Mai 2025, finden im Regierungspräsidium Karlsruhe berufspolitische Gespräche statt, insbesondere für Mitglieder und Interessierte, die im Regierungspräsidium Karlsruhe ihren Dienst leisten. Auch bringt sich der Verband in die Arbeit der Gremien des Beamtenbundes/Tarifunion Baden-Württemberg ein und macht darin die besonderen Belange des höheren Dienstes sichtbar. Alles in allem war es eine rundum gelungene Tagung mit gewinnbringenden Impulsen, vielen Gesprächen und anregenden Begegnungen. Das Format setzen wir im kommenden Jahr fort.

**SAVE the DATE und Aufruf!:** Wir werden die Arbeitstagung im kommenden Jahr erneut in Herrenberg durchführen. **Der Termin steht bereits fest. 20./21.03.2026.** Teilen Sie uns gerne mit, welche Themen Sie interessieren ([geschaeftsstelle@vhv-bw.de](mailto:geschaeftsstelle@vhv-bw.de)).

~~~~~

Wir brauchen eine funktionierende Verwaltung!" - Gespräch mit der SPD-Landtagsfraktion am 11. Februar 2025



Gleich mehrmals betonte der SPD-Fraktionschef Andreas Stoch im Gespräch mit dem VHV-Vorstand, wie wichtig für einen funktionsfähigen Staat eine funktionierende, gutausgestattete und angemessen bezahlte Verwaltung ist. Er ließ auch keinen Zweifel daran, dass es mit der SPD keinen Personalabbau oder einen größeren Umbau der Verwaltung geben werde. Gemeinsam mit den beiden Abgeordneten Sascha Binder (Fraktionsgeschäftsführer) und Nicolas Fink, stellvertretenden Fraktionsvorsitzender, nahm er sich eine Stunde Zeit, um die Anliegen des VHV aufzunehmen und sehr konkret und sachbezogen zu diskutieren.

Natürlich gab es auch den einen oder anderen Dissens, so z.B. in der Frage der Übertragung des Tarifiergebnisses, aber es gab auch Zustimmung und gemeinsame Überlegungen in Fragen der immer wichtiger werdenden Nachwuchsgewinnung, einer klugen Digitalisierungsstrategie und einer schon bei der Gesetzgebung beginnenden Entbürokratisierung. Natürlich fehlte auch die eine oder andere Anspielung auf die bevorstehende Bundestagswahl sowie die 2026 anstehende Landtagswahl nicht, und es wurde vereinbart, das Gespräch fortzusetzen. Zunächst steht für den Vorstand aber noch das Gespräch mit der FDP-Fraktion



v.l.n.r. Sascha Binder MdL, Nicolas Fink MdL, Dr. Friedemann Larsen, Andreas Stoch MdL, Dr. Clemens Homoth-Kuhs, Lutz



v.l.n.r. Sascha Binder MdL, Nicolas Fink MdL, Dr. Friedemann Larsen, Andreas Stoch MdL, Dr. Clemens Homoth-Kuhs, Lutz Maj, Bernhard Freisler

auf der Agenda; die Gespräche mit den Fraktionen der Partei Die Grünen und der CDU haben bereits stattgefunden.

Informative und angeregte Online-Mitgliederveranstaltung mit dem Staatsministerium zur Entlastungsallianz am 19. Februar 2025



In Fortsetzung einer spannenden Diskussion auf der Arbeitstagung 2024 mit Vertretern des Staatsministeriums zur Entlastungsallianz ist es dem Vorstand gelungen, die zuständige Abteilungsleiterin, Frau Annegret Breitenbücher, für eine Folgeveranstaltung zu gewinnen. Rund 20 Mitglieder

aus der Landesverwaltung und den Kommunen nahmen an der Veranstaltung teil und erhielten von Frau Breitenbücher einen faszinierenden und authentischen Einblick in die bisher erreichten Fortschritte und die geplanten Schritte bis zum Abschluss im Sommer 2025. Selbst gesetztes Ziel der Landesregierung ist eine Entlastung von Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürgern sowie der Verwaltung um einen durch überbordende Bürokratie verursachten Kostenaufwand von 200 Millionen Euro. Bis zum Ende dieser Legislaturperiode soll das erreicht werden.

Während der anschließenden Fragerunde wurde das Engagement der Landesregierung begrüßt, aber auch offene Baustellen benannt. Beispielsweise wurde das Disziplinar- und Haftungsrecht angesprochen, das in seiner gegenwärtigen Ausgestaltung schwer mit der begrüßenswerten modernen Führungs- und Fehlerkultur in der Verwaltung in Einklang zu bringen ist. Auch das komplexe Förderwesen, das innovative und zukunftsweisenden Projekten oft hohe, teils auch fachliche Anforderungen in Be-

Für nähere Informationen...

Masterplan für die Transformation der Verwaltung



Entlastungsallianz für Baden-Württemberg



zug auf Nachweis- und Dokumentationspflichten stellt, wurde thematisiert. Zudem wurden die inzwischen zahlreichen individuellen Rechtsschutzmöglichkeiten (auch bei Verfahrensverstößen) als ein Treiber der Bürokratie identifiziert (Stichwort: Absicherung). Hier liegen noch

zahlreiche Herausforderungen vor uns. Im Rahmen der Entlastungsallianz werden diese derzeit mit konkreten Maßnahmen adressiert. Diskutiert wurden außerdem die Beteiligung der Behörden unterhalb der Ministerialebene und die Rolle der Kommunen. Die Beteiligten waren sich einig, dass das Potential der Beschäftigten in der Verwaltung durch klare gesetzliche Zielvorgaben einerseits, bei gleichzeitiger Belassung notwendiger Beurteilungs- und Entscheidungsspielräume bei deren Umsetzung andererseits, effektiv ausgeschöpft werden kann. An diesem Ziel arbeiten wir als VHV gerne aktiv mit.

Insgesamt war es eine spannende Veranstaltung, die sich für alle Beteiligten gelohnt hat. Wir danken den Vertreterinnen und Vertretern des Staatsministeriums für den gelungenen Einblick in die Arbeit der Entlastungsallianz und freuen uns auf den weiteren Austausch.



Info: Unsere Homepage bekommt ein neues Gesicht!

Unsere [Homepage](#) wird überarbeitet! Die alte Seite ist technisch nicht mehr zeitgemäß und braucht dringend eine Frischzellenkur. Dabei werden wir nicht nur das Design modernisieren, sondern auch unser Logo anpassen, um frischen Wind reinzubringen. Unser Ziel ist es, Ihnen eine moderne und benutzerfreundliche Informationsplattform zu bieten. Wir halten Sie auf dem Laufenden und freuen uns schon darauf, Ihnen die neue Seite bald präsentieren zu können.





Verband des höheren Verwaltungsdienstes Baden-Württemberg e. V.



Verband der Verwaltungsbeamten
in Baden-Württemberg e.V.



Einladung zu einem berufspolitischen Gespräch,

insbesondere für unsere Mitglieder, die im Regierungspräsidium Karlsruhe ihren Dienst leisten. Um die Interessenvertretung intensiver wahrnehmen zu können, beabsichtigen wir in Zukunft derartige Gesprächsrunden regelmäßig zu wiederholen.

Wir wollen ihre Anliegen als Mitarbeiter der großen Mittelbehörde gerne entgegennehmen, um diese noch besser in unserer berufspolitischen Arbeit berücksichtigen zu können. Außerdem wollen wir ihnen den Kontakt zu ihrem Verband und dem BBW mit seiner Tarifunion erleichtern. Gerne können daher auch Mitglieder aus anderen Verbänden des Beamtenbunds teilnehmen (z.B. Tierärzte, Landwirte, Philologen, Berufsschullehrer).

Wir treffen uns im

Regierungspräsidium Karlsruhe

Schlossplatz 4-6

am 22. Mai 2025 um 15.00 Uhr im Kraichgau-Saal.

Nach einer kurzen Vorstellung der Verbände und ihrer Arbeit sollen die Besucherinnen und Besucher die Gelegenheit haben Fragen zu stellen, sowie ihre berufspolitischen Anliegen vorzutragen.

Wir freuen uns auf ihren Besuch und hoffen auf eine entsprechende Resonanz, die uns veranlasst nächstes Jahr wieder zu kommen. Nutzen sie die Chance ihren Kontakt zu ihrem Berufsverband zu intensivieren.

Damit wir besser planen können, bitten wir um eine Anmeldung per Mail. Diese senden Sie bitte an die folgende Adresse: bernhard.freisler@outlook.de

Für den VdV: **Tilman Schmidt**, Geschäftsführer

Für BTBkomba: **Wilhelm Burgbacher**, Landesvorsitzender

Für den VhV: **Bernhard Freisler**, Vorstandsmitglied

In Memoriam von Horst Bäuerle



Träger des Bundesverdienstkreuzes 1. Klasse und des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg, der am 27. Dezember 2024 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

von Bernhard Freisler

Horst Bäuerle war ab 1991 für 3 Wahlperioden bis 2006 Vorsitzender des Beamtenbundes Baden-Württemberg. Er war ein fulminanter Redner in Versammlungen und motivierte die Verbandsvertreter der Beamtenbundsfamilie zu Geschlossenheit und Aktivitäten.

Als ich zum Vorsitzenden unseres Verbandes gewählt wurde, wurde mir empfohlen, alsbald in die Geschäftsstelle des BBW im Hohengeren zu Horst Bäuerle zu pilgern. Wenige Tage später saß ich bei Kaffee und Kuchen bei ihm im Büro. Er wollte mich kennenlernen - einschließlich unserer Absichten unseren Verband weiterzuentwickeln. Nachdem ich versichert hatte, dass wir intensiver als bisher auf die Zusammenarbeit setzten und ab sofort das BBW-Magazin an alle Mitglieder versenden, war das Eis gebrochen. Vielleicht war er auch beruhigt, dass ich nicht den Eindruck erweckte, ihm seinen Posten streitig zu machen.

Er war dankbar, dass wir unseren Verband mit einem neuen und jungen Vorstand vor der Auflösung bewahrt haben. Unser Angebot an die Führungskräfte in der Verwaltung sei für den Beamtenbund eminent wichtig. Das drückte sich umgehend darin aus, dass ich seit Mitte der 90er Jahre an 6 von 7 Bundeskongressen des DBB als Delegierter des BBW teilnehmen durfte. Außerdem waren wir seitdem sehr oft angefragte Mitwirkende in vielen Arbeitsgruppen usw. zu verschiedenen berufspolitischen Aktivitäten.

Horst Bäuerle war Vermessungsingenieur, hatte in Baden-Württemberg 1973 den Bund Technischer Beamten (BTB) gegründet und war bis 1991 Personalrat aller Stufen mit ganzem Herzen und Engagement. Markante Vorgänge in seiner Zeit waren die Eingliederung der Sonderbehörden im Land in die Landratsämter in zwei Runden 1995 und 2004, die Wiedereinführung der Dienstzeit von 41 Stunden, die Streichung der Jubiläumsgabe und die Diskussion der Föderalismus- und Dienstrechtsreformen. Das führte zu einer gemeinsamen Demonstration mit dem DGB in Pforzheim mit über 10.000 Teilnehmern parallel zum Parteitag der CDU.

Neben den berufspolitischen Spuren muss ich auch erwähnen, dass er unseren BBW dadurch zukunftsicher gemacht hat, dass er damit begonnen hat, unsere Immobilien am Hohengeren in Stuttgart zu sanieren. Sie stehen heute ordentlich da. Ferner haben wir seit seinem Vorsitz eine geordnete Regelung für die Bezahlung und Versorgung unserer hauptamtlichen Vorsitzenden.

Horst Bäuerle hielt auch nach seinem Vorsitz den Kontakt. Bei unserer Mitgliederversammlung 2022, bei der ich den Vorsitz im VHV weitergab, ließ er es sich nicht nehmen, nach Stuttgart zu kommen und einige ehrende Worte an die Versammlung zu richten.

Leider trafen ihn in der Zeit danach erhebliche gesundheitliche Schicksalsschläge, die ihn bei klarem Verstand erblinden ließen.

Daher habe ich am 10.01.2025 für unseren Verband gerne bei der Beerdigung kondoliert.

Bernhard Freisler

[illegible]

Save the Date: Verbandsausflug am 11.10.2025



Gasthaus Rössle in Weil der Stadt

Unseren diesjährigen Verbandsausflug planen wir für Samstag, den **11.10.2025 nach Weil der Stadt**. Dort haben wir im Gasthaus Rössle, Stuttgarter Str. 62, 71263 Weil der Stadt bereits reserviert.

Merken Sie sich diesen Termin gerne schon einmal vor.
Nähere Infos zu Anfahrt und Ablauf folgen.

Der aktuelle Vorstand des VHV auf einem Blick

| | Amt, Name, Funktionen | Kontakt |
|---|---|---|
|  | Regierungsdirektor
Dr. Friedemann Larsen

Landesvorsitzender
Referatsleiter | IT Baden-Württemberg (BITBW)
Tel.: 0711 8910-4868
Friedemann.Larsen@vhv-bw.de |
|  | Oberregierungsrätin
Tatjana Strohmaier

Erste Stellvertreterin
Referentin | Regierungspräsidium Stuttgart
Tel.: 0152-21986531
Tatjana.Strohmaier@vhv-bw.de |
|  | Ltd. Regierungsdirektor
Dr. Clemens Homoth-Kuhs

Zweiter Stellvertreter
Referatsleiter | Regierungspräsidium Stuttgart
Tel.: 0711-904-39210
Clemens.Homoth-Kuhs@vhv-bw.de |
|  | Erster Landesbeamter
Lutz Mai

Beisitzer, ELB | Landratsamt Heilbronn
Lutz.Mai@vhv-bw.de |
|  | Abteilungsdirektor a.D.
Bernhard Freisler

Beisitzer, Pensionär | Bernhard.Freisler@vhv-bw.de |
|  | Ministerialrat a.D.
Dr. Helmut Messer

Beisitzer, Pensionär | Helmut.Messer@vhv-bw.de |
|  | Regierungsrat
Philipp Rücker

Beisitzer, Referent | Regierungspräsidium Stuttgart
Philipp.Ruecker@vhv-bw.de |

Allgemeine Informationen

Rechtsschutz des BBW Beamtenbund Tarifunion für unsere Mitglieder



Als Verbandsmitglied gewährt Ihnen der BBW Beamtenbund/Tarifunion berufsbezogene Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz. Vom Beratungsrechtsschutz umfasst sind mündliche und schriftliche Auskünfte. Im Rahmen des Verfahrensrechtsschutz werden Sie rechtlich in einem gerichtlichen oder außergerichtlichen Verfahren (einschl. Vorverfahren) vertreten. Die

Inanspruchnahme gewährter Rechtsdienstleistungen ist für Mitglieder grundsätzlich kostenfrei. Das Angebot richtet sich an aktive Beamte und Beschäftigte. Pensionäre und Ruheständler erhalten Rechtsschutz grundsätzlich über den Seniorenverband.

Rechtsschutz kann generell nur über den Mitgliedsverband beantragt und vermittelt werden. Hierzu haben wir auf unserer Homepage in der Rubrik Rechtsschutz (www.vhv-bw.de/rechtsschutz/) die erforderlichen Informationen zusammengestellt. Insbesondere finden Sie dort das Antragsformular und die Rechtsschutzordnung des BBW Beamtenbund/Tarifunion. Diese bestimmt die Voraussetzungen sowie den Inhalt und die Reichweite des Rechtsschutzes im Einzelnen.

Fragen rund um den Rechtsschutz beim BBW Beamtenbund/Tarifunion beantwortet Ihnen unser Rechtsschutzbeauftragter, Dr. Friedemann Larsen.

Kontakt Rechtsschutzbeauftragter:

Dr. Friedemann Larsen
c/o IT-Baden-Württemberg (BITBW)
Krailenshaldenstr. 44
70469 Stuttgart
Telefon (dienstl.) 0711 8910-4868
E-Mail: friedemann.larsen@vhv-bw.de

Unser Spezialangebot für Pensionäre



Zusatzmitgliedschaft beim Seniorenverband für den Öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg



Seniorenverband
öffentlicher Dienst BW

Über unseren Verband können Sie für einen bescheidenen Jahresbeitrag von **zusätzlich nur 26,40 EUR** auch dort Mitglied werden. Der Ver-

band ist fachkundig in Fragen der Beihilfe und Versorgung mit eigenem Personal aufgestellt und berät seine Mitglieder zu diesem Bereich bei Problemen mit dem LBV oder dem kommunalen Versorgungsverband sowie anderen Beihilfestellen. Ferner publiziert er Informationen zum Thema, die die Senioren betreffen.

Wenn Sie diese Zusatzmitgliedschaft beantragen möchten, so melden Sie das bitte an Frau Elwenholl, E-Mail: geschaeftsstelle@vhv-bw.de Tel.: 0711/123-2210. Wir veranlassen das Erforderliche beim Seniorenverband. Unsere stellvertretende Vorsitzende Tatjana Strohmaier wird wegen der Abbuchung des Beitrags mit Ihnen Kontakt aufnehmen.

Weitere Informationen zum Seniorenverband finden Sie auf der Homepage: [Seniorenverband öffentlicher Dienst BW e.V. \(https://senioren-oed-bw.de\)](https://senioren-oed-bw.de)



Sind Ihre Daten noch aktuell?

Bitte geben Sie uns (geschaeftsstelle@vhv-bw.de) bekannt, wenn sich Ihre Adresse, Ihre Kontonummer oder Ihre E-Mail-Adresse geändert hat. Nur so ist sichergestellt, dass Sie alle Verbandsinformationen einschließlich des BBW-Magazins auch weiterhin verlässlich erhalten.

Mitgliederinformationen Stand 30.04.2025

Als neue Mitglieder begrüßen wir:



Herrn Fachbereichsdirektor Rene Belmega, Landesmedienzentrum BW

Frau Regierungsrätin Theresa Tauchnitz, Landratsamt Esslingen

Frau Stadtrechtsdirektorin Stephanie Wunderle, Stadt Ostfildern

Herrn Regierungsrat Martin Wrubel, Landratsamt Hohenlohekreis

Frau Fachbereichsdirektorin Tanja Rix, Landesmedienzentrum BW

Herrn Stadtoberverwaltungsrat Markus Viereckl, Stadt Heidelberg

Herrn Oberregierungsrat Christopher Hook, Landratsamt Esslingen

Herrn Erster Landesbeamter Dr. Frank Wiehe, Landratsamt Calw

Herrn Regierungsdirektor Christian Philipp Bartelt, Innenministerium

Frau Technische Rätin Andrea Enzesberger, Umweltministerium

Herrn Oberregierungsrat Nicolai Ginter, Landesamt für Besoldung und Versorgung BW

Herrn Referent Sebastian Karl, Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Frau Oberregierungsrätin Olivia Stähle, Innenministerium

Herrn Ministerialdirigent Knut Tropf, Ministerium für Ländlichen Raum

Frau Regierungsdirektorin Mirjam Schepper, Regierungspräsidium Stuttgart

Frau Oberregierungsrätin Julia Diringer, Logistikzentrum Baden-Württemberg

Wir betrauern den Tod unserer langjährigen und treuen Mitglieder

Herrn Ltd. Ministerialrat a. D. Helmut Schwall, Sindelfingen

Herrn Ltd. Ministerialrat a. D. Dr. Roland Kilbel, Stuttgart

Herrn Regierungsdirektor a. D. Josef Matern, Allensbach

Herrn Ministerialdirigent a. D. Dr. Roland Frömel, Stuttgart

Herrn Ltd. Ministerialrat a. D. Lothar Gugel, Rottenburg-Ergenzingen

Herrn Ministerialrat a. D. Dr. Karl Heinz Eberhard Kitz, Heidelberg

Herrn Ltd. Ministerialrat a. D. Dieter Ellwanger, Leinfelden



Verband des höheren Verwaltungsdienstes Baden-Württemberg e. V.

Wer wir sind:

- Der Berufsverband des höheren Verwaltungsdienstes für Beamte und Angestellte
- mit ca. 400 Mitgliedern bis zur obersten Führungsebene von Land und Kommunen
- Fachorganisation des Beamtenbundes Baden-Württemberg (mit Vertretung im Vorstand)
- Mitglied im Bundesverband der höheren Verwaltungsbeamten (mit Vertretung im Vorstand)
- Kooperationspartner des Seniorenverbandes Öffentlicher Dienst

Was wir wollen:

- Die Interessen unserer Mitglieder im aktiven Dienst und im Ruhestand vertreten
- Die Belange des höheren Dienstes wahren durch Einflussnahme auf Gesetzgebung und Politik in beamtenrechtlichen Angelegenheiten
- Sonderopfer des höheren Dienstes verhindern

Was wir bieten:

- **Interessenvertretung** gegenüber Politik und Verwaltung
- **Informationen** über berufsspezifische Themen: unsere Mitglieder erhalten kostenlos
 - unsere Verbandsnachrichten
 - die Zeitschrift des Beamtenbundes "BBW-Magazin"
 - die Monatszeitschrift des Deutschen Beamtenbundes "DBB-Magazin"
- **Rechtsberatung** in arbeits- tarif- und beamtenrechtlichen Fragen
- **Fortbildung:** Exkursionen, Besichtigungen, Gespräche mit Entscheidungsträgern u. ä.
- **Meinungsbildung** zu berufsspezifischen Fragen auf verbandspolitischen Tagungen
- **Zusatzmitgliedschaft** für Versorgungsempfänger beim Seniorenverband Öffentlicher Dienst
- **Vorteilsangebote starker Partner** stehen Ihnen offen (<https://www.dbb-vorteilswelt.de/>)

Wo Sie sich informieren können: www.vhv-bw.de

Rufen Sie uns gerne an:

Dr. Friedemann Larsen (Verbandsvorsitzender) – Tel. 0711/8910-4868

Tatjana Strohmaier (1. Stellvertreterin) – Tel. 0711 21660239

Dr. Clemens Homoth-Kuhs (2. Stellvertreter) – Tel. 0711-904-39210

Übrigens: Unser Mitgliedsbeitrag beläuft sich auf nur **60,- €/Jahr** (steuerlich absetzbar!)

Werden Sie Mitglied und schicken Sie uns das umseitige Beitrittsformular signiert per Post an die dort angegebene Adresse oder per E-Mail an geschaeftsstelle@vhv-bw.de



Verband des höheren Verwaltungsdienstes Baden-Württemberg e. V.

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE21ZZZ00000655408 - Mandatsreferenz \_\_\_\_\_
(wird vom VHV eingetragen)

An den
Verband des höheren Verwaltungsdienstes e. V.
Frau Simone Elwenholl
Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
Theodor-Heuss-Str. 4,
70174 Stuttgart
E-Mail geschaeftsstelle@vhv-bw.de

Beitritt / Änderungen

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum Verband des höheren Verwaltungsdienstes e.V. (VHV)
/ Folgende Änderungen werden hiermit mitgeteilt.

| | |
|-------------------------------------|-------------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Titel, Name / Namensänderungen | Vorname |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Dienstbezeichnung | Dienststelle |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Privatanschrift: Straße, Hausnummer | Postleitzahl, Wohnort |
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| E-Mail | Geburtsdatum (optional) |

SEPA-Lastschriftmandat:

Ich ermächtige den VHV, die Zahlung des Jahresbeitrags von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom VHV auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

| | |
|-----------------------|---------------------------------|
| <input type="text"/> | <input type="text" value="DE"/> |
| Kreditinstitut (Name) | IBAN |
| <input type="text"/> | |
| BIC | |

Die angeschlossene Information zum Datenschutz habe ich zur Kenntnis genommen.

| | |
|----------------------|--|
| <input type="text"/> | <input type="text"/> |
| Datum, Ort | Signatur (Name in Textform) und / oder handschriftliche Unterschrift |



Information zum Datenschutz

Wir freuen uns, wenn Sie durch Ihre Mitgliedschaft unsere Verbandszwecke unterstützen. Wir möchten verantwortungsvoll mit Ihren personenbezogenen Daten umgehen. Dazu informieren wir Sie wie folgt:

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung:

Verband des höheren Verwaltungsdienstes e.V. (VHV), vertreten durch die oder den Vorsitzende/n
c/o Ministerium für Landesentwicklung und Wohnen
Theodor-Heuss-Str. 4, 70174 Stuttgart
E-Mail: geschaeftsstelle@vhv-bw.de

Für Fragen zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns oder zum Thema Datenschutz allgemein wenden Sie sich bitte an die oben angegebenen Kontaktdaten.

2. Zwecke der Datenverarbeitung:

a) Mitgliederverwaltung

Zum Zwecke der Mitgliederverwaltung verarbeiten wir Ihre Stammdaten (Name, Amtsbezeichnung und Dienststelle, Adresse, Kontaktdaten; optional bei Angabe: Ihr Geburtsdatum), inklusive der von Ihnen angegebenen Bankverbindung/Kontodaten zur Beitragsverwaltung. Die Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO.

Im Rahmen Ihrer Mitgliedschaft informieren wir Sie per Post, E-Mail oder ggf. mittels anderen Kommunikationsmitteln über aktuelle Ereignisse, kommende Veranstaltungen und Berichte von durchgeführten Veranstaltungen, um die Verbandszwecke erfüllen zu können. Die Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DS-GVO.

Die für die Mitgliederverwaltung notwendigen, zuvor genannten Daten werden spätestens nach Ablauf von drei Jahren ab dem Schluss des Jahres, in dem die Verbandsmitgliedschaft beendet wurde, gelöscht. Die für die Beitragsverwaltung notwendigen Daten, also Name, Zeitraum der Mitgliedschaft und Bankdaten, werden zehn Jahre nach Schluss des Jahres der letzten Beitragsabrechnung gelöscht.

b) Fotos und Informationen auf unserer Website

Zum Zwecke der Außendarstellung können Fotos der Verbandsmitgliedern von Veranstaltungen auf unserer Homepage veröffentlicht werden. Informationen zu Ihrer Einwilligung erhalten Sie bei den Veranstaltungen. Natürlich können Sie gegen die Veröffentlichung von Fotos mit Ihnen jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widersprechen. Nach Ihrem Widerspruch werden ggf. bereits veröffentlichte Bilder gelöscht. Informationen zu Ihren Rechten finden Sie untenstehend. Die Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DS-GVO.

c) Weitergabe Ihrer Stammdaten an den Dachverband

Wir übermitteln auf freiwilliger Basis Informationen zu unseren Mitgliedern im Einzelfall an unsere Dachorganisation im Land Baden-Württemberg (BBW Beamtenbund Baden-Württemberg/Tarifunion mit Sitz in Stuttgart) um über unsere Tätigkeiten zu informieren oder die Inanspruchnahme der Rechtsberatung sicherzustellen. Informationen dazu finden Sie auf unserer [Homepage](#). Wenn Sie dies nicht wünschen, können Sie widersprechen. Informationen zu den Vorstandsmitgliedern werden zudem für die Mitgliederverwaltung und Ansprache in organisatorischen Fragen an den Dachverband übermittelt. Rechtsgrundlage hierfür ist Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DS-GVO.

3. Ihre Rechte als betroffene Person

Alle betroffenen Personen haben folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft; Berichtigung von unrichtigen Daten; Löschung; Recht auf Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten; Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 15 ff. DS-GVO)
- Darüber hinaus steht Ihnen ein allgemeines Widerspruchsrecht zu (vgl. Art. 21 Abs. 1 DS-GVO). In diesem Fall ist der Widerspruch gegen eine Datenverarbeitung zu begründen.
- Sofern die Datenverarbeitung auf Grundlage einer Einwilligung erfolgt, kann Ihre Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Für die Ausübung der Betroffenenrechte wenden Sie sich bitte an die oben genannten Kontaktdaten. Darüber hinaus haben Sie das Recht zur Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde.